

b+k Berichte und Kommentare

1/2026

- **Trotzkraft Hoffnung**
- **Strukturreform: Regionalgemeinden**
- **Exodus aus dem Kirchenschiff**
- **Die Friedensdenkschrift der EKD**
- **Demokratiedämmerung**
- **USA: No Kings**
- **Klimaschutzgesetz der ELKB**
- **Wir werden jetzt ein e. V.**

Arbeitskreis **anders**
Evangelische **evangelisch**
Erneuerung **engagiert**



- 3 Editorial
- 4 Trotzskraft Hoffnung – Christlich-jüdische Perspektiven /
Johannes Herold
- 6 Strukturreform: Wie sieht die Gemeinde der Zukunft aus /
Elke Zimmermann
- 8 Welt in Unordnung — Gerechter Friede im Blick: Die neue
„Friedensdenkschrift“ der EKD / Hans-Gerhard Koch
- 10 Rüstungsaktien in den Pensionsfond / Hans-Gerhard Koch
- 12 Exodus aus dem Kirchenschiff – Jeder vierten Kirche in Deutschland
droht die Entwidmung / Gerhard Monninger
- 14 Digitalzwang? Was es bedeutet, wenn alles nur noch online geht /
Hans-Gerhard Koch
- 17 Demokratiedämmerung? ...Oder besser: Demokratie braucht eine
Reformation / Lutz Taubert
- 19 No Kings – geht da was? Zur Protestbewegung gegen autoritäre Tendenzen
in den USA / Christoph Schmidt
- 21 Das Klimaschutzgesetz der ELKB – Eine Zwischenbilanz nach zwei Jahren /
Wolfgang Schürger
- 23 Renten und Pensionen / Hans-Gerhard Koch
- 25 Weg mit „Hoax“ und „Rage Bait“... oder: „Ich reg‘ mich nicht mehr auf“ /
Elke Zimmermann
- 27 Unser starkes Kreuz für Demokratie – Eine Veranstaltung zur Kommunalwahl
- 30 AEE intern
- Der aee ein e. V. – Verlust oder Gewinn?
 - Namen und Adressen
- 32 Das Letzte

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen bewegte Monate – auch intern: Seit Oktober 2025 gehen wir neue Wege. Wir sind jetzt als *AEE – Anders.Evangelisch.Engagiert.* unterwegs und haben uns als eingetragener Verein (e.V.) neu aufgestellt. Wir wollen damit einfach eine solide Basis schaffen, um uns weiterhin gemeinsam für eine gleichberechtigte und offene Kirche einzusetzen. Damit b+k weiter in Eurem Briefkasten landet, brauchen wir Euch jetzt als Mitglieder oder im Freundeskreis. Lasst uns zusammen zeigen, dass die liberale Stimme in der Kirche wichtig bleibt!

Hoffnung? Gerade jetzt!

Der Neustart passt perfekt in eine Zeit, in der die Nachrichten oft nur noch Kopfschütteln auslösen. Ob das politische Chaos oder der stockende Klimaschutz – die Welt wirkt „aus den Fugen“. Unser Thema diesmal: Trotzskraft. Es geht nicht um Schönfärberei, sondern um Hoffnung als innere Haltung und aktives Handeln, auch wenn es schwierig wird.

Wo wir als Kirche stehen

Dazu gehört auch der kritische Blick auf uns selbst. Wir diskutieren über die neue Friedensdenkschrift der EKD: Ist das gesunder Realismus oder eine Kapitulation vor der Logik der Abschreckung? Für uns ist klar: Wir können nicht für den Frieden beten und gleichzeitig kirchliches Geld in Rüstungsaktien anlegen.

Digitaler Stress und echte Demokratie

Elke Zimmermann schreibt uns aus der Seele, wenn es um den Wahnsinn im Netz geht. Zwischen „Wut-Ködern“ und Digitalzwang verlieren wir oft das Wesentliche aus den Augen. Ihr Tipp: Tief durchatmen, Fakes ignorieren und die Energie lieber in echte Begegnungen stecken. Dass sich Einsatz lohnt, zeigt die „No Kings“-Bewegung in den USA, wo Kirchengemeinden Verantwortung für die Demokratie übernehmen.

Mut für die Zukunft

Klar, es verändert sich viel: Gebäude werden geschlossen, Strukturen werden schlanker. Aber in jedem Abschied steckt die Chance, Ballast abzuwerfen und sich auf den Kern unseres Glaubens zu konzentrieren: Freiheit, Gemeinschaft und Mut.

Schön, dass ihr diesen neuen Weg mit uns geht!

Gottes Segen
und bis bald,

Eure
Franzi Maisel,
Sprecherin



„Christlich-jüdische Perspektiven in einer Welt aus den Fugen“

Trotzkraft Hoffnung

Ein mutmachender Bericht von einer Tagung des Vereins „Studium in Israel“

Von Johannes Herold

Hoffnungsvoll ins neue Jahr! Klingt das für Sie plausibel? Mir scheint es eher abwegig zu sein, die Hoffnung hat sich für mich irgendwo ganz tief verkrochen und schaut höchstens mal sehr vorsichtig um die Ecke. Währenddessen stiftet Trump Unruhe in Venezuela und Grönland, Putin bombardiert weiter die Ukraine, die AfD wird immer stärker und vom Klimaschutz redet kaum mehr jemand.

Hoffnungsvoll ins neue Jahr? All diese Krisen kennen wir schon. Und doch hat sich die Jahrestagung des Vereins *Studium in Israel* e. V. genau mit diesem Thema beschäftigt: „Trotz allem – Hoffnung! Christlich-jüdische Perspektiven in einer Welt aus den Fugen“. Drei Vorträge beschäftigen sich mit den verschiedenen Dimensionen der Hoffnung: Prof. Marianne Grohmann sprach über die biblischen (alttestamentlichen) Aspekte, Prof. Hartmut von Sass über das Thema „Seid nicht träge... Seid fröhlich in der Hoffnung (Röm 12)“ und Rabbiner Samuel Vingron über „Jüdische Hoffnung in Tradition und Moderne“. Besonders beim Vortrag des Rabbiners wurde deutlich, dass Hoffnung nicht auf Erfahrungen gegründet werden darf, nicht von positivistischem Weltbild abhängig sein kann und sicher nicht einfach zu erreichen ist. Gerade das jüdische Volk hat über 2000 Jahre lang die Hoffnung gründlich ausgetrieben bekommen – jeden-

falls wenn es darum geht, aus dem aktuellen Weltgeschehen Hoffnung für die Zukunft zu schöpfen! Seine Analyse des aktuellen Antisemitismus war so ernüchternd, dass man sich kaum traute, das Wort „Hoffnung“ überhaupt noch zu denken. Und trotz allem ist auch für Juden die Hoffnung ständiger Begleiter. Was wir heute an weltpolitischen Verwerfungen sehen, ist tatsächlich bedrohlich. Und billiger Optimismus mit einem „Wird schon werden“ wäre sicher nicht plausibel. Aber Hoffnungslosigkeit würde ja andererseits bedeuten, dass man sehr viel abschreibt und resigniert. Also keine Chance mehr für Juden in Deutschland? Keine Chance mehr auf einen palästinensischen Staat? Keine Chance mehr für ein gesundes Klima? Das wäre für Christen wie für Juden eine indiskutable Schlussfolgerung.

Einen Ausweg aus diesem Dilemma weist Prof. von Sass mit einer begrifflichen Unterscheidung: Es gibt die materiale Hoffnung, die sich auf spezielle Wünsche richtet – die zwar grundsätzlich erfüllbar erscheinen, aber doch erst einmal im Reich einer erhofften Zukunft liegen (im Unterschied zur Erwartung eines Ereignisses, das vermutlich relativ bald eintreffen wird). Neben dieser materialen Hoffnung gibt es andererseits die modale Hoffnung, die eine adverbialle Be-

stimmung unseres Menschseins ist. Eine Haltung, aus der heraus wir leben, eine Art, wie wir mit den Widrigkeiten unseres Lebens umgehen und auf sie reagieren. Diesen Modus des hoffnungsvollen Lebens finden wir bei Jürgen Moltmann mit seiner Theologie der Hoffnung. Wir sehen eine *inadaequatio* zwischen den Verhältnissen in unserer Welt und dem, was wir uns aus der göttlichen Verheißung heraus für diese Welt vorstellen würden. Auf diese *inadaequatio* richtet sich das menschliche Hoffen und Handeln. Auf die vielen Widrigkeiten unserer weltpolitischen Lage, auf das Versagen der Politiker, Frieden zu halten, auf den Hass in unserer Gesellschaft. All das, was mit „inadäquat“ nur sehr ungenügend übersetzt wäre. All das, von dem wir so dringend hoffen, dass es sich ändern wird. Manches davon könnten wir Menschen selbst ändern. Indem wir selber Streit schlichten bzw. vermeiden; indem wir uns möglichst wenig am ausbeuterischen Welthandelssystem beteiligen; indem wir durch unser Vorbild andere Menschen überzeugen, mitzumachen. Wir sind nur ohnmächtig, wenn wir denken, wir wären allein. Dabei sind wir so viele, die aus dem christlichen Glauben heraus auf eine bessere Welt hoffen. Wir sind vieles, aber sicher nicht allein!

Und natürlich schenkt uns die Bibel einen Grund zur Hoffnung, den kein Mensch sich selber denken oder schaffen muss: Wir sehen in der Weltgeschichte, wie Gott immer wieder mit Menschen mitgegangen ist; wir sehen, dass Gott uns

nicht alleine lässt. Er hat das Volk Israel aus der Sklaverei in Ägypten erlöst, hat aus dem biblischen Gottesvolk Israel um den Tempel herum ein neues Judentum um Tanakh und Talmud entstehen lassen, als der Tempel zerstört war. Für uns Christen hat er neue Wege eröffnet aus der Situation der Verfolgung heraus bis hin zur Staatskirche (auch wenn man diese Entwicklung nicht uneingeschränkt positiv beurteilen wird).

Wenn wir in die Geschichte schauen, dann werden wir sehen, dass es durchaus Grund gibt zu einem Leben im Modus der Hoffnung. Nicht zuletzt werden wir Deutsche mit dem Blick auf den Fall der Mauer sehen, dass auch schier unmöglich Erscheinendes wahr werden kann.

Für den Modus der Hoffnung brauchen wir Erfahrungen – den können wir nicht gut einfach per Fingerschnippen herstellen. Den Grund dafür bekommen wir geschenkt mit vielen Geschichten aus der Bibel, mit Erfahrungen aus unserem eigenen Leben, auch mit der Gemeinschaft der Gläubigen, die uns trägt.

Von hier aus können wir dann auch zu einer materialen Hoffnung kommen. Werden selber aktiv, wo wir Dinge ändern können und hoffen auf Gottes Hilfe für das, was unsere eigenen Möglichkeiten übersteigt.

Nur eines wird nicht passieren: dass wir resignieren und aufgeben.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns allen die Trotzskraft, im Modus der Hoffnung zu leben und die materiale Hoffnung nicht aufzugeben!

Wie sieht die Gemeinde der Zukunft aus?

Eine Gemeindestruktureform wird die Struktur der klassischen Kirchengemeinden grundlegend neu ordnen, um das kirchliche Leben vor Ort langfristig zu sichern. Die Autorin dieses folgenden Beitrags ist Stand Januar 2026 Mitglied der Landessynode der ELKB und gehört dem Landessynodalausschuss (LSA) an. / Von Elke Zimmermann

Die Landessynode hat in den letzten Tagungen so viele Reformvorhaben auf den Weg gebracht wie selten zuvor. Auslöser ist die Tatsache, dass immer mehr Menschen sich von der Kirche abwenden, die Gemeinden kleiner werden. Dazu kommt, dass die Pfarrerinnen und Pfarrer der Boomer-Generation demnächst in den Ruhestand gehen werden. Angemessen viel Nachwuchs ist leider nicht in Sicht.

Derzeit gibt es noch bayernweit 1.525 evangelische Kirchengemeinden. Sie sind allesamt Körperschaften des öffentlichen Rechts und müssen deshalb eine Menge an Verwaltungs- und auch Arbeitgeberaufgaben meistern.

Um möglichst die Aufgaben, aber auch die Zuständigkeiten einigermaßen gerecht und gleichmäßig zu verteilen, gibt es die Strukturreform, die sogenannte Regionalgemeinden vorsieht. Und sie geht Hand in Hand mit dem nächsten Landesstellenplan und der Strukturreform. Alles soll bis 2034 umgesetzt werden.

Die neue Ebene der Regionalgemeinden soll mindestens 8.500 Gemeindeglieder (in der Diaspora 6.800) umfassen und Aufgaben wie Personalverantwortung und

Haushaltsführung zentral übernehmen. Die Kirchengemeinden vor Ort bleiben rechtlich selbstständig. Die Leitung hat dann der Kirchenvorstand über Gruppen, Kreise und Veranstaltungen. Gottesdienste können durch ehrenamtliche PrädikantInnen oder LektorInnen gestaltet werden – von Zeit zu Zeit wird auch jemand aus dem Regionalteam kommen. Dieses Team soll sich dann auch um die großen Themen wie Konfirmation, Jugendarbeit und größere Projekte kümmern. Gleichzeitig soll die Regionalgemeinde ein inhaltlicher Gestaltungsraum werden: Mehr Zusammenarbeit, profilierte Teams, stärkere Beteiligung von Ehrenamtlichen und neue Formen kirchlichen Lebens stehen im Mittelpunkt.

Was heute schon viele Pfarrerinnen und Pfarrer beklagen, ist die zunehmende Bürokratie. Die soll durch die Verwaltungsreform erleichtert werden. Ab 1. Januar 2027 sollen bestehende Kirchengemeindeämter und Verwaltungsstellen zu bis zu acht Regionalverwaltungen zusammengefasst werden. Für das kirchliche Meldewesen wird ein zentrales Kompetenzzentrum eingeführt, um Prozesse zu standar-



Mein Dorf, meine Kirche, mein Pfarrer – das war einmal. Regionalgemeinden mit ca. 9000 Gemeindegliedern sind der Hauptbestandteil einer Strukturreform, die die Landes-synode zur Zeit diskutiert.

©Rainer Sturm_pixelio.de



disieren, zu digitalisieren und die Qualität der Arbeit zu sichern. Ziel der Reform ist eine effizientere, vernetzte und kosteneffektive Verwaltung, die die inhaltliche Arbeit der Gemeinden und Dekanatsbezirke bestmöglich unterstützt.

Gleichzeitig werden die Kirchenkreise von sechs auf zwei reduziert. Durch die Vergrößerung der Räume wird also künftig mehr Verantwortung bei den Dekanaten liegen. Und auch die werden sich in größere Verbünde organisieren müssen, was zum Teil ja schon geschieht.

Eine Verkleinerung ist immer schwieriger als ein Aufbau und das Schöpfen aus vielen menschlichen und finanziellen Ressourcen. Die große Chance, die diese Reformen bieten, ist aber, dass sich die Haupt- und Ehrenamtlichen nicht entmutigen lassen, sondern diese neuen Herausforderungen annehmen und den Glauben trotzdem fröhlich weiter verbreiten.

Kommentar: Ein Edelstein im Schutt vieler Prozesse

Die jüngste Idee der Kirchenleitung zur Bildung der Regionalgemeinden stellt tatsächlich einen unverhofften Lichtblick dar! Das Konzept der zentralisierten Verwaltung von 8.500 Gemeindegliedern in einem Pfarramt macht erstmals Hoffnung auf eine Reduzierung der Verwaltungsaufgaben bei vielen Pfarrpersonen! Die gemeinsame Betrachtung einer solchen Region hinsichtlich der unterschiedlichsten Aufgabenfelder (von Jugend über Gottesdienste bis zu Senioren) erleichtert eine Reduktion paralleler Strukturen, sofern sie nicht mehr sinnvoll gefüllt werden können. Die schmerzhaften Veränderungen in einer zahlenmäßig schrumpfenden Kirche werden die Gemeinden auf diese Weise sicherlich besser angehen können! Einzig die Vereinbarkeit einer solchen neuen Zusammenarbeit in den Teams der Hauptamtlichen, die aber strikt alle 10 Jahre wechseln sollen, scheint neue, große Probleme aufzuwerfen. Man darf gespannt bleiben!

Johannes Herold

Welt in Unordnung — Gerechter Friede im Blick

Die neue „Friedensdenkschrift“ der EKD

Von Hans-Gerhard Koch

Anfang November 2025 ist die neue Friedensdenkschrift der EKD erschienen. Es wurde viereinhalb Jahre lang diskutiert, zuerst in einer „Friedenswerkstatt“ unter Vorsitz des Friedensbeauftragten Bischof Friedrich Kramer. Dann gab es ein Redaktionsteam, in dem Bischof Kramer plötzlich nicht vertreten war, dafür war der Münchner Theologieprofessor Rainer Anselm dessen Vorsitzender.

Die Reaktionen aus Politik und Kirche waren naturgemäß gemischt. Lobten die einen die differenzierte Darstellung und die Abwägung verschiedener Argumente und sahen die EKD als „in der Realität angekommen“, so sahen die anderen eine Abkehr der EKD von einer Friedenslogik und eine Hinwendung zur Kriegslogik. Und noch andere sprachen von einem „Ukraine-Papier“, das unter dem Eindruck eines Angriffskrieges vor unserer Haustür alle pazifistischen Tendenzen über Bord werfe.

Was steht drin in den 135 Seiten, zum Teil in professoraler Sprache?

Natürlich sei die Kirche für Gewaltfreiheit in jeder Hinsicht. Aber die Kirche sei halt keine Mehrheit mehr, sondern ein „partikularer Verband“, der es sich nicht anmaßen könne, klüger zu sein als die Politik. Die Denkschrift will nicht Stellung beziehen, sondern zur „Gewissens-

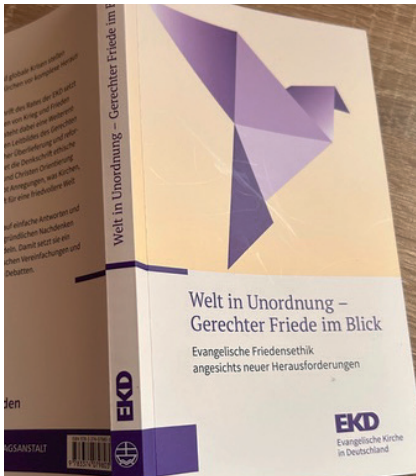
bildung“ beitragen. Widersprüche seien dabei unvermeidlich, wie der zwischen Gewaltlosigkeit der Bergpredigt und dem gebotenen Schutz des Nächsten, notfalls auch mit Gewalt.

Natürlich gäbe es einen „Vorrang der Gewaltlosigkeit“, sei zivile und gewaltlose Konfliktlösung gefordert. Natürlich hängen Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und Frieden zusammen. Aber es gäbe halt auch Krieg, vor allem den in der Ukraine, es gäbe „hybride Kriege“ längst vor den Waffen, es gäbe die sich zuspitzende Klimakrise.

Daraus zieht die Denkschrift den Schluss, dass Menschen angesichts der Destruktivität der Welt, theologisch gesprochen, der Sünde Frieden nicht „machen“ könnten. Friede sei eine „eschatologische“ Sache, nur als Hoffnung denkbar. Bis dahin will die Denkschrift die „Realitäten der Welt“ ernst nehmen und hält, wenn auch mit Einschränkungen, fast alles für möglich:

- den Besitz und die Drohung mit Kernwaffen (wenn auch nicht deren Einsatz),
- Waffenlieferung und Rüstung,
- Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung.

Das wird im Schlussteil mit einer Fülle von praktischen Vorschlägen deutlich, in denen aber die Arbeit der zivilen Friedens-



dienste und die Prävention von Kriegen nur ganz am Rande vorkommt.

Die vier Hauptanliegen der Denkschrift „Schutz vor Gewalt“, „Förderung von Freiheit“, „Abbau von Ungleichheit“ und „Pluralität“ sind prinzipiell gleich wichtig, aber ohne das erste, „Schutz vor Gewalt“, sind sie nicht machbar. So wird militärische Gewalt als „rechterhaltende Gewalt“ und als „ultima ratio“ für ethisch vertretbar gehalten und dominiert die Argumentation. Davon hatte die EKD-Friedensdenkschrift von 2007 sich eigentlich verabschiedet.

Die Kirche müsse heute vor allem Hoffnung vermitteln, trotz der Weltlage. Sie müsse eine friedensfreundliche „Haltung bewahren, und sie müsse Andersdenken- de viel ernster nehmen als bisher. Die Denkschrift sei auch kein „Manifest“, sondern eine Einladung zur Schärfung des eigenen Gewissens. Kein Wunder, dass die Militärseelsorge und kirchlich engagierte Generäle applaudieren und

die Friedensgruppen tief enttäuscht sind. Mag sein, dass die EKD mit dieser Denkschrift in der Realität angekommen ist. Aber hätte Jesus diese Sicht von „Realität“ gehabt, wäre er wohl in der Werkstatt in Nazareth geblieben und hätte ein florierendes Handwerksunternehmen betrieben.

Was kommt nach der Denkschrift: Nach dem Willen der Verfasser soll ein intensiver Diskussionsprozess bis in die Gemeinden hinein folgen, im Großen und Ganzen wie über Teilprobleme wie Wehr- oder Dienstpflicht oder Für und Wider von Waffenlieferung an Staaten außerhalb der Nato. Es kann aber sein, dass die Denkschrift wie viele andere in den Bücherregalen liegenbleibt, weil die meisten es nicht der Mühe wert finden, ein so wortreiches „Sowohl-als-auch“ zu lesen.



Zu viel Anpassung, zu wenig Mut

Ein Kommentar von Lutz Taubert

Militärisch gesprochen: Die neue Friedensdenkschrift ist eine Kapitulation vor der Logik der Abschreckung. Indem die EKD militärische Gewalt moralisch aufwertet und den Pazifismus an den Rand drängt, gibt sie ihre Rolle als Mahnerin für den Frieden preis. Sie folgt einer politischen Erwartungshaltung, statt ihr zu widersprechen. Sie relativiert frühere klare Positionen und nennt das Realismus. Ihre Verantwortungsethik wirkt wie Anpassung. Gerade das sollte die evangelische

Kirche nicht tun. Politisch ist sie längst keine Macht mehr. Ihr Einfluss speist sich nicht aus der Nähe zur Regierung, sondern aus moralischer Eigenständigkeit. Wer ohnehin kaum gehört wird, sollte nicht vorsichtig im „Sowohl als auch“ lavieren, sondern klar sprechen. Ruhig auch einseitig!

Genau damit nämlich könnte die EKD heute noch am ehesten punkten: mit einer kompromisslosen Vision von Friedensschaffung. Mit dem urchristlichen Zeug-

nis der Gewaltfreiheit. Das würde den Mainstream irritieren. Und Aufmerksamkeit erzeugen.

Zu schlechter Letzt sei hier noch der Verlust eines alten und guten Gedankens beklagt: Frieden ist nie allein zu haben. Er gehört untrennbar zusammen mit Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. Diese Trias aus den 1980er-Jahren war stark, ganzheitlich, zukunfts-fähig. In der neuen Denkschrift geht sie im Ukraine-Fokus unter.

Rüstungsaktien in den Pensionfonds

Von Hans-Gerhard Koch

Lange warben Anlagefonds mit „Nachhaltigkeit“. Solche Fonds konnten mit der Rendite der konventionellen mithalten und gaben dazu noch ein gutes Gewissen. Aber der Trend hat sich umgekehrt: US-Banken und Pensionskassen verabschieden sich von ihren Nachhaltigkeitszielen. Auch in Europa gibt es Bewegung: Atomstrom wurde von der EU plötzlich wieder als „nachhaltig“ klassifiziert. Rüstungsgüter, vor allem wenn sie für die Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriff bestimmt sind, sind plötzlich nicht mehr schmutzig, sondern sauber. Der Rheinmetall-Konzern, der alle möglichen Rüstungsgüter liefert, jetzt ein Helfer des Friedens? Immerhin meint ja die aktuelle EKD-Friedensdenkschrift, Waffenlieferungen könnten unter „Güterabwägung“ und vielen Einschränkungen „geboten“ sein.

Was heißt das für die Bildung kirchlicher Rücklagen? Es war ja ein großer Fortschritt, als die ELKB sich nach langem Zögern zu einer „nachhaltigen“ Anlagestrategie durchrang:

„Für alle Einzeltitel-Investitionen in der Vermögensanlage der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern gelten definierte Ausschlusskriterien für Unternehmen und Staaten. Bei der Erarbeitung und Umsetzung des Nachhaltigkeitsfilters orientiert sich die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern an dem Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage in der EKD. www.kirche-und-geld.de/nachhaltigkeit.php“

Und das bleibt nach Informationen aus dem Landeskirchenamt auch so:

„Für kirchliche Anleger bleiben die Gründe für einen Ausschluss von Waffen und

Rüstungsgütern aus ihren Investitionen bestehen. Rüstung ist weder ethisch noch nachhaltig noch sozial. ...



Die Gewinne von Rüstungsunternehmen steigen proportional zur Anzahl und Stärke der bewaffneten Konflikte auf der Welt. Wer in Rüstungsunternehmen anlegt, profitiert also nicht nur von einem permanent aufrechtzuerhaltenden Abschreckungspotenzial in Deutschland, sondern hat Vorteile davon, dass überall auf der Welt Kriege geführt werden. Anleger stehen damit permanent in der Gefahr, bewaffnete Konflikte und kriegsrische Auseinandersetzungen mitzufinanzieren und aus Renditegründen sogar zu forcieren.

Kirchen haben einen Versöhnungsauftrag. Sie können nicht einerseits für den Frieden beten und andererseits mit ihren Geldanlagen vom Gegenteil profitieren. Sie können nicht der Welt einen menschenfreundlichen Gott bezeugen und gleichzeitig an Geräten mitverdienen wollen, deren Zweck es ist, Menschen zu töten. Darum sind im Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche Unternehmen ausgeschlossen, die Waffen

und Rüstungsgüter entwickeln, herstellen und damit handeln.“

Die Nachhaltigkeitskriterien der EKD sind da eindeutig:

Selbst wenn Waffen ihre destruktiven Wirkungen nicht direkt entfalten, binden weltweite Rüstungsspiralen zur Abschreckung riesige Kapitalsummen, ohne zu irgendwelchen Verbesserungen der sozial-ökologischen Transformation von von Wirtschaft und Gesellschaft beizutragen. ...

Auch wenn Sicherheit durch Rüstung unter den aktuellen geopolitischen Bedingungen als notwendige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung eingeschätzt wird, ist die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern deshalb nicht automatisch nachhaltig. ...Sicherheit durch Rüstung kann keine Nachhaltigkeit bewirken. Wohl aber kann umgekehrt die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen Sicherheit ohne Aufrüstung bewirken. Statt eines Gleichgewichts des Schreckens kann auch eine auf Gerechtigkeit basierende internationale Friedensordnung Sicherheit gewährleisten.“

Aus: www.aki-ekd.de/publikationen/

Nach Informationen aus dem Landeskirchenamt ist nicht beabsichtigt, von diesen Festlegungen abzugehen. Gut so! Und alle, die privat und geschäftlich Geld anlegen, sollten sich fragen, ob sie nicht doch lieber nachhaltig — „enkeltauglich“ anlegen und auf Rüstungsaktien verzichten sollten. Die Rheinmetall-Aktie z. B. sollte im Depot nicht zu finden sein.

Exodus aus dem Kirchenschiff

Jeder vierten Kirche in Deutschland droht die Entwidmung

Von Gerhard Monninger

Am Ende des Gottesdienstes formiert sich der Zug. Er nimmt Aufstellung am Altar und zieht durch den Mittelgang zum Portal, hinaus auf den Kirchenvorplatz, voran das Vortragekreuz. Den Zug bilden das Team der Geistlichen, Mitglieder des Kirchenvorstands, ehrenamtliche Leiter von Gruppen und Kreisen, der Kinderchor. Die Vertrauensfrau trägt vor sich die aufgeschlagene Altarbibel, der Mesner den Abendmahlskelch und die Hostienbüchse. Die Orgel spielt zum letzten Mal, die Glocken läuten zum letzten Mal — das war der Entwidmungsgottesdienst.

Die Kirche am Stadtrand wird aufgegeben. Ob ein Kino daraus wird oder eine Kletterhalle, ist noch offen. Klar ist nur: Diese Kirche wird nicht mehr gebraucht. Es kamen zuletzt kaum einmal mehr als zehn Leute zum Gottesdienst. Und der Bauunterhalt war nicht mehr finanzierbar. Es hat im Vorfeld viel Widerspruch gegeben, heftige Proteste, Tränen sind geflossen, aber die nackten Zahlen und Fakten waren unüberwindlich.

Was passiert in einem solchen Fall, der sich in der ELKB – und nicht nur da – künftig sehr oft ereignen wird? Jede vierte Kirche in Deutschland, heißt es, wird in den nächsten Jahren schließen. Da sollte zuerst die Kernfrage beantwortet werden: Was ist eigentlich eine Kirche,

wozu braucht man sie? Evangelisch gesprochen ist sie jedenfalls kein heiliger Bezirk mit abgesonderter Wirklichkeit, auch keine Opferstätte. Der Altar ist ein Tisch, sonst nichts.

Bis ins dritte Jahrhundert ist die junge Christenheit ohne Kirchen ausgekommen. Die Gläubigen hielten die regelmäßigen Zusammenkünfte in ihren Häusern und feierten dort das Abendmahl (Apg 2,46).

Einer der ältesten erhaltenen Gottesdiensträume, die Hauskirche von Dura Europos am Euphrat, war ein bis dahin als Wohnhaus genutztes Gebäude. Man entfernte die Wände, nahm Einbauten vor und schuf so einen Versammlungsraum, der die gewachsene Zahl von Gemeindegliedern aufnehmen konnte.

Für Martin Luther war ein Gebäude nur dann Kirche, wenn Christen darin zusammenkommen, „bitten, predigt hören und sacrament empfangen“. Er empfiehlt deshalb den Abbruch von Kirchen, wenn diese nicht mehr dem gottesdienstlichen Geschehen dienen, „wie man mit allen anderen häußern thutt, wenn sie nymmer nütz sind“. Der Kirchenbau an und für sich besitzt nach Luther keine Heiligkeit. Die steckt nicht in den Mauern, sondern darin, was innerhalb der Mauern geschieht.

Im 21. Jahrhundert sind wir in einer völlig anderen Lage: Es mag ja sein, dass

die Christenheit für ihr geistliches Leben nicht zwingend Kirchengebäude braucht, aber wir haben sie nun mal, und zwar reichlich. In jedem Dorf steht eine, und in den Zentren der großen Städte mit ihren mittelalterlichen Stadtkernen stehen sie oft dicht an dicht. Es sind Meisterleistungen der Baukunst, Stein gewordene Glaubensbekenntnisse, Identifikationsorte für die

Menschen, die in ihrem Umkreis wohnen, seien sie gläubig oder nicht. Und sie sind in den Biographien von Menschen verankert: Hier haben wir geheiratet, hier wurden unsere Kinder getauft; für die Orgel habe ich gespendet, als sie repariert werden musste; wenn am Samstagnachmittag die Glocken läuten, gibt mir das ein Heimatgefühl.

Diese emotionale Bindung lösen zu müssen, kann wehtun. Martin Luther mag ja theologisch völlig recht haben, aber nicht jeder oder jede wird so rabiāt und ungeniert wie er in einen Kirchenabriss (oder nur eine Aufgabe) einwilligen.

Zwei Überlegungen sollte man hierzu anstellen:

Ehe es zu einem Verkauf oder gar einem Abriss eines Kirchengebäudes kommt, ist zu prüfen, ob eine Doppelnutzung, profan und geistlich, möglich ist. Es muss ja nicht gleich eine Kletterhalle sein. An



© Olaf Mertens pixelio.de

vielen Orten gibt es Bedarf für einen großen Versammlungssaal — vielleicht auch mit einem gastronomischen Angebot —, einen Konzertsaal, einen Probenraum für Musik- und Theaterensembles, für Ausstellungen u. v. a. m. Mit ein paar Handgriffen sollte dieser Raum am Sonntag wieder zurückverwandelt werden können in einen Gottesdienstraum. Mit so einer Doppelnutzung könnte die Kirche wenigstens teilweise zu einem Renditeobjekt werden, aus dem der Bauunterhalt finanziert werden kann.

Wenn sich keine dieser Ideen realisieren lässt und die Kirche wirklich aufgegeben werden muss, dann schlägt die Stunde der Entwidmung, also eines Rituals, in dem Abschied genommen wird: Erinnerungen erzählt, Trauer und Schmerz zur Sprache gebracht werden und aus dem Auszug auch schon ein Umzug wird. Die Gemeinde wird sich ja nicht einfach zer-

streuen, sondern an einem anderen Ort aufgenommen werden.

Es gibt dafür ein wunderbares biblisches Motiv (das übrigens den AEE in seinen Anfangsjahren stark geprägt hat): den Exodus. Getrost aufbrechen in eine un-

gewisse Zukunft in der Gewissheit, dass Gott mitgeht. Und als Predigttext beim Entwidmungsgottesdienst eignet sich Heb 13,14: „Denn wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ *Gerhard Monninger*

Digitalzwang?

Was es bedeutet, wenn alles nur noch online geht

Von Hans-Gerhard Koch

Freiheit, Gleichheit, Datenschutz? Die Forderungen der Französischen Revolution brauchen im 21. Jahrhundert ein dringendes Update. Zwischen Algorithmen und digitalem Nutzungszwang kämpfen wir heute um diese alten Rechte ganz neu. Unser Autor schreibt hier ein sehr persönliches Plädoyer für digitale Selbstbestimmung.

Eigentlich vertrage ich mich mit meinem Computer ganz gut. Ich benutze ihn jeden Tag zum Schreiben, E-Mails senden, Nachschauen bei Startseite, verpasste Sendungen nachhören und so weiter. Neuerdings fragt mein Computer mich auch gleich, was er für mich schreiben soll. Das geht mir dann doch ein bisschen gegen meine Ehre als Autor. Muss ich ja aber nicht machen. Wenn mein Computer dauerhaft streiken würde, wäre ich ganz schön aufgeschmissen.

Mit meinem Smartphone vertrage ich mich nicht ganz so gut. Ständig zeigt es mir an, dass irgendeine Meldung hereingekommen sei. Ich bin neugierig, schaue nach. Ist es Blödsinn oder Werbung, ärgere ich mich über die Unterbrechung. Ist es eine Nachricht von jemand, den ich kenne, spüre ich den Druck, gleich zu antworten. Und schon sind ein paar Minuten vorbei und

mein Tageslauf hat ein kleines oder größeres Loch. Weil mich das stört, habe ich das Handy jetzt nur noch in der Tasche, wenn ich längere Zeit unterwegs bin. Sonst liegt es auf dem Tisch und ich schaue mir nur früh und abends an, was los war. Als ich das vor Ostern 2025 mal als „Handyfasten“ ausprobiert habe, habe ich gemerkt, dass ich mehr Zeit und weniger Druck hatte. Deswegen bleibe ich dabei. Aber das ist gar nicht so einfach. Immer mehr alltägliche Verrichtungen gehen überhaupt nur noch „digital“. Ein Antrag ans Ausländeramt: nur noch digital. Das heißt: meinen Personalausweis für die digitale Unterschrift aufrüsten. Ein Handy beschaffen, das den auch lesen kann. Meines konnte es nicht. Online ein Konto bei einer Bundesbehörde einrichten. Alles ausfüllen, und sich immer wieder mal ausweisen, mal mit dem Personal-



(Foto: Jens Reimerdes, CC BY 4.0)

ausweis, mal mit irgendeinem Kennwort. Auch den Sperrmüll kann ich nur noch online bestellen, und die Steuererklärung sowieso. In meinem Bus gibt es neuerdings Displays, an denen man Fahrscheine erwerben und auch gleich entwerfen kann. Ein Versuch, sagen sie. Der Bus könnte schneller fahren, wenn der Fahrer keine Fahrkarten verkaufen müsste. An der Schlange beim Supermarkt komme ich locker vorbei, wenn ich meine Waren selber scanne und mit Karte bezahle. Und den Rabatt bekomme ich nur noch, wenn ich die Rewe-App auf meinem Handy habe. Obwohl ich das alles irgendwie hinbekommen habe (manchmal auch nur mit meinem IT-erfahrenen Sohn), stellen sich mir immer mehr Fragen:

Was machen eigentlich Menschen, die kein Smartphone haben und auch keinen hilfreichen Sohn oder Enkel? Geschätzt sind 20 Prozent meiner Mitbürger Digital-Analphabeten. Ist das nicht sogar verfas-

sungsrechtlich problematisch? Der Staat darf doch niemanden vom Zugang zu seinen Leistungen ausschließen, nur weil dieser nicht digital unterwegs ist. Teilhabe ist ein Grundrecht. Und wir reden so viel von Barrierefreiheit – ziehen wir nicht gerade digital neue Barrieren hoch?

Jedes Mal, wenn ich irgendetwas digital mache, hinterlasse ich in dem entsprechenden Computernetzwerk eine Daten Spur. Auch wenn sie mir versichern, dass das alles total datenschutzmäßig abgesichert sei, kann ich das glauben? In einem Fernsehmagazin konnte ich sehen, wie ein x-beliebiger Bundesbürger über seine Online-Aktivitäten auf Schritt und Tritt verfolgt werden konnte. Bis die Daten Spur sich in den USA verlor.

Ich erfuhr in dieser Sendung, dass deutsche Großunternehmen ihre Daten alleamt in den Datenbanken der US-amerikanischen Technik-Großunternehmen

wie Google, Amazon, Apple und so weiter lagern. Ich hörte auch, dass die US-Regierung im Falle von amerikanischen Sicherheitsinteressen Zugang zu allen Daten hat. Muss ich befürchten, kein Visum mehr zu bekommen, weil ich zu oft gegen Trump unterschrieben habe? Ist es nicht unwahrscheinlich, dass das in der Fülle der Daten jemand herauskriegt?

Ist es nicht. Die sogenannte „Künstliche Intelligenz“ kann in Sekundenschnelle das ganze weltweite Datennetz durchsuchen. Es muss nur präzise genug gefragt werden. Die AEE-Mitgliederzeitschrift *b+k* hat das kürzlich leidvoll erfahren müssen: Wir hatten 2022 irrtümlich ein Bild ohne Urhebernachweis verwendet. Es war halt eilig gewesen. Jetzt bekamen wir eine gesalzene Abmahnung einer Anwaltskanzlei wegen Urheberrechtsverletzung.

Und nicht zuletzt: Was machen wir eigentlich, wenn das Internet, zum Beispiel durch einen Hackerangriff oder einen Stromausfall, längere Zeit nicht funktioniert? Zurück in die gute alte analoge Zeit mit Papier und Bleistift. Wenn wir dann noch leserlich schreiben können.

Fazit: Die digitale Welt ist schön und schnell. Aber wir Menschen sind es nicht. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht überholt werden. Oder abhängig von Tech-Giganten, die natürlich alle nur unser Bestes wollen: unser Geld, aber womöglich auch unsere Demokratie.

Es gibt einen Verein, der aktiv dagegen angeht. Er heißt „Digitalcourage“. Er klagt aktuell gegen die Deutsche Bahn, weil deren App nicht nur Nutzer zwingt, digi-

tal Tickets zu kaufen, sondern auch aufgrund zu umfassender Datenverarbeitung.

In der Online-Zeitschrift *heise.de* vom 11.11.2025 zeigen der Vorsitzende von Digitalcourage, Thilo Weichert, und die IT-Fachfrau Karin Schuler, was am zunehmenden Digitalzwang alles dranhängt. Mehr zu erfahren ist unter www.digitalcourage.de. Man kann dem Verein auch beitreten, ich hab's getan.

Impressum

b+k – Berichte und Kommentare
Das Magazin des AEE – Anders.Evangelisch.
Engagiert. e. V.

Herausgeber:
AEE – Anders.Evangelisch.Engagiert e. V.,
Bingstraße 30, Appartement 21104, 30480
Nürnberg

Vertretungsberechtigt gemäß § 26 BGB:
Johannes Herold, Sprecher des AEE

Verantwortlich für den Inhalt nach Art. 8
BayPrG:

Dr. Hans-Gerhard Koch c/o AEE-Geschäfts-
stelle, Bingstraße 30, Appartement 21104,
30480 Nürnberg

Redaktion:
Gerhard Monninger (gm), Dr. Hans-Ger-
hard Koch (HG), Johannes Herold (jh),
Lutz Taubert (lt), Elke Zimmermann (ez).

Erscheinungsweise: halbjährlich

Internet: www.aee-online.de

Demokratiedämmerung?

... Oder besser: Demokratie braucht eine Reformation

Von Lutz Taubert

Vor drei Jahren — das ist in diesen Umbruchzeiten eine ziemlich lange Zeitspanne — legte der Politikwissenschaftler Veith Selk ein kleines Büchlein vor mit dem Titel „Demokratiedämmerung“. Es fand damals selbst unter den Fachleuten keine so große Beachtung, Politikfeuilletonisten taten es als pessimistisch akademische Fingerübung ab.

Heute liest es sich wie eine beunruhigend präzise Prophezeiung. Wie die neu vermessene Kartografie einer politischen Landschaft, in der die Konturen der liberalen Ordnung immer mehr verblassen. Demokratie ist unter Druck. Und der klug gewählte Begriff der Dämmerung bringt es auf den Punkt: Demokratie stirbt nicht von heute auf morgen, stirbt wohl auch nicht in einem Putsch, sondern erodiert im Alltag, sie erodiert Stück für Stück wie ein allmählich zerfallender Berg: Gewählt wird wie eh und je, das Vertrauen schwindet. Gerichte werden delegitimiert, Medien diskreditiert, Minderheiten zu Störfaktoren erklärt. Und irgendwo, irgendwann, irgendwie setzt sich immer mehr das Gefühl, die Meinung, die Haltung durch, dass man bitteschön nicht mehr so viel miteinander herumstreiten und diskutieren möge, sondern stattdessen lieber eine klare Ansage macht bzw. entgegennimmt. Dabei ist doch streiten, hatten wir mal gemeint, der Wesenskern der Demokratie.

An Trump lässt sich das studieren: Autoritäre Politik gibt sich effizient, demokratische Verfahren gelten als lästig. Der Erfolg populistischer Bewegungen speist sich aus realen Krisen — und aus der Sehnsucht nach Eindeutigkeit.

Die neue, die Trump'sche Machtlogik ist zwar unberechenbar (und für uns Beobachter auch scheinbar unlogisch), dann aber auch wieder brutal effizient. Venezuela zeigt das exemplarisch: Ein Diktator, Maduro, wird nicht demokratisch abgewählt, sondern durch einen autokratischen Akt entmachtet. Politisch wäre Maduro kaum zu besiegen gewesen. Die Demokratie hätte das nicht geschafft, weder von außen noch von innen. Der Bruch des Völkerrechts hingegen wird hingenommen — weil er von einem global einflussreichen Akteur vollzogen wird. So sieht die neue Normalität aus. Und dies zeigt auch, wie wenig Demokratie mit dem heutigen imperialistischen Handeln à la Trump zusammenpasst.

Trump's militärisches Vorgehen im Januar lässt sich als praktisches Beispiel für Selks These der „Demokratiedämmerung“ sehen – nicht unbedingt so, dass jetzt gleich das Ende der Demokratie in den USA da ist, sondern erst einmal, indem Trump die prozedurale und vor allem völkerrechtliche Substanz der Demokratie aushöhlt und zerstört. Wenn die Exekutive allein über Krieg und Frieden

entscheidet, wird das Parlament – das Herzstück der Demokratie – zur Randfigur degradiert. Selks These der „theoretischen Ratlosigkeit“ bestätigt sich hier: Die demokratischen Institutionen existieren zwar noch, haben aber faktisch keine Kontrolle mehr über das, was geschieht, also über die Machtausübung.

Die US-Regierung rechtfertigte die Militäraktion als „Strafverfolgung“ gegen Drogenhandel, mit der Folge des Regimewechsels, und das ist völkerrechtlich illegal. Wenn man nationale Gesetze über das Völkerrecht stellt, verliert die Demokratie ihre Vorbildfunktion als regelbasiertes System.

Und dann lief es so weiter: Anstatt die demokratische Opposition in Venezuela (wie María Corina Machado) zu stärken, setzt Trump eine direkte US-Verwaltung ein, die eher von wirtschaftlichen Interessen (Öl) als von demokratischen Idealen getrieben ist. Die Trump-Administration (und damit in ihrer Außenwirkung die USA als Staat) setzt auf „Deal-basierte“ statt „regelbasierte“ Politik. Washington lässt den Schutz der Demokratie zugunsten eigener nationaler Interessen (wie Rohstoffsicherung in Venezuela oder Grönland) fallen.

Zurück zu Selks „Demokratiedämmerung“: Das Buch ist im Kern eine Abrechnung mit einer Demokratietheorie, die zu lange an Idealen festhält, während die Wirklichkeit der demokratischen Gesellschaften bereits in die Dämmerung abdriftet. Und auch wir alle, die wir an den ewigen Fortschritt



der Demokratisierung glauben, glauben wollen, sollten uns – Selk zufolge – diesen Fortschrittsglauben abschminken. Wenn Selk vom „aktiven Nihilismus“ spricht (dies übrigens eine Anlehnung an Nietzsche), so meint er, dass wir uns klarmachen sollten, dass die Modernisierung gerade nicht zwangsläufig zu mehr Freiheit und Demokratieentwicklung führt. Der

„aktive Nihilismus“ bedeutet, dass etablierte demokratische Normen und Theorien aktiv entwertet werden, da sie nicht mehr zur politischen Realität passen.

Vielleicht liegt hier, bei allem notwendigen Pessimismus, die produktive Pointe von Selks Buch: Dämmerung ist (noch) kein Untergang. Sie ist ein zu akzeptierender Zwischenzustand. Selks Analyse zwingt nicht zur Resignation, sondern zur Nüchternheit. Wer den Fortschrittsglauben verabschiedet, gewinnt Handlungsspielraum zurück. Demokratie lebt nicht von historischen Garantien, sondern von bewusster Praxis im Hier und Jetzt.

Vielleicht braucht sie heute das, was die religiöse Welt am Ende des Mittelalters brauchte: eine Reformation. Damals dämmerte eine Ordnung dahin, die sich für unerschütterlich hielt. Und erneuerte sich – nicht durch Macht, sondern durch Kritik, Streit, Neuorientierung. Auch die politisch-säkulare Welt steht vor einer solchen Zäsur. Demokratie wird nicht gerettet, indem man sie beschwört. Sondern indem man sie reformiert: institutionell, kulturell, geistig. Die Einsicht in ihre Gefährdung ist kein Zeichen ihres Endes. Sie ist der Anfang ihrer Erneuerung.

No Kings – geht da was?

Zur Protestbewegung gegen autoritäre Tendenzen in den USA

„No Kings“ – Unter diesem Motto gingen im Jahr 2025 in den USA Millionen Menschen auf die Straße, um gegen die Politik von Präsident Donald Trump und das, was sie als Machtanhäufung und Demokratieabbau empfinden, zu protestieren. Laut Veranstalterangaben versammelten sich am 18. Oktober 2025 rund 7 Millionen Menschen in über 2.700 Orten in allen 50 Bundesstaaten, deutlich mehr als bei der ersten großen Demonstrationswelle im Juni mit etwa fünf bis sechs Millionen Teilnehmern. Es war eine der größten Protestaktionen in der Geschichte der USA überhaupt. In den vergangenen Monaten ist es dann stiller geworden um die No-Kings-Bewegung. Aber geht da was weiter? Entwächst die Bewegung ihren Kinderschuhen? Mit dem Protestsong „No Kings“ des Sängers Jesse Welles, unterstützt von Protest-Ikone Joan Baez, hat die Bewegung jedenfalls bereits Einzug in die Popkultur gehalten.

Graswurzeln

Die No-Kings-Bewegung begann im Frühjahr 2025 als breit gefächerte Protestwelle gegen autoritäre Tendenzen der Exekutive. Im Unterschied zu früheren Protesten war die Bewegung dezentral organisiert: Großdemonstrationen in Metropolen wurden flankiert von lokalen Aktionen in Kleinstädten und Vororten.



Neben klassischen links-progressiven Organisationen nahmen Gewerkschaften, Bürgerrechtsgruppen, feministische Bündnisse und lokale Grassroots-Initiativen teil. Innerhalb der Bewegung findet sich kein einheitlicher Forderungskatalog, sondern ein breites Bündel an Anliegen, die von Schutz der Grundrechte bis zu sozialpolitischen Forderungen reichen.

Wer steckt dahinter?

Ein Kern der Mobilisierung lag bei zwei Akteurinnen: der 50501-Bewegung, einer ursprünglich über soziale Medien entstandenen Aktivistinnen-Koalition mit dem Ziel, Aktionen in allen 50 Staaten zu bündeln, und dem Indivisible-Netzwerk, einem seit 2016 bestehenden progressiven Graswurzelnetzwerk, das auf lokales Engagement, politische Bildung und kontinuierliche Aktivität setzt.

Indivisible brachte nicht nur organisatorische Kapazitäten ein, sondern auch Tausende lokale Gruppen, die in ihren Gemeinden über Parteigrenzen hinweg aktiv sind. Ihr Ansatz basiert auf dem Empowerment lokaler Gruppen, Bürgerdialogen, kontinuierlichen Aktionen und der Vermittlung einer demokratischen Praxis „von unten“. Daneben existieren kleinere Initiativen wie „Undivided“, die in einzelnen Städten wie Springfield (Illinois) lokale No-Kings-Aktionen mitorganisierten und bewusst einen inklusiven, empathischen Zugang beto-

nen: Demokratie als gelebte Praxis der Sorge füreinander, nicht als abstraktes Konzept. Diese Gruppen stehen einer einheitlichen Organisation nach wie vor skeptisch gegenüber und konzentrieren sich auf lokale Aktionen.

Bei der aktuellen No-Kings-Bewegung handelt es sich also um ein lockeres Bündnis verschiedenster Gruppen. Während Invisible als organisatorische Achse fungiert, bringen viele andere Gruppen spezifische Anliegen ein. Dieses „Big-Tent“-Modell ermöglicht große Teilnehmerzahlen, stellt aber zugleich Herausforderungen dar, klare Forderungen und langfristige Ziele zu definieren. Für viele Teilnehmende ist *No Kings* einfach Ausdruck einer demokratischen Pflicht, die Verfassung zu schützen: Sie sehen sich in einer Tradition des zivilen Widerstands, in der Protest ein Teil gesellschaftlicher Verantwortung ist.

Kirchengemeinden als Orte des Widerstands

Während institutionelle Kirchen sich meist nicht zentral beteiligen, spielen Gemeinden und kirchliche Gruppen vor Ort oft eine aktive Rolle: Sie bieten Räume für Vorbereitungstreffen, Diskussionen über demokratische Verantwortung, Gebetstreffen für den Frieden und Solidarität mit marginalisierten Gruppen. Viele Gläubige berichten, dass ihr Glaube sie motiviert, gegen Unrecht und autoritäre Tendenzen aufzustehen – ebenso wie Jesus-Worte, die zur Achtung der Würde der Menschen aufrufen.

In einigen Städten initiierten Kirchengemeinden gemeinsame Gebetswege mit anschließenden Protestkundgebungen, in anderen banden pastorale Teams Aktionen

in Abendmahls- oder Liturgiesettings ein, um Spiritualität und politisches Engagement zu verbinden. Diese Praxis spiegelt ein Verständnis wider, das prophetisches Zeugnis und demokratisches Engagement vereint. In diesem Bereich haben sich zunehmend sogenannte „lefty churches“ als wichtige Akteurinnen etabliert – Gemeinden, die soziale Gerechtigkeit, Antirassismus, LGBTQ+-Inklusion und demokratische Teilhabe als integrale Bestandteile ihres Glaubens begreifen. Sie stehen im Widerspruch zu religiösen Rechtfertigungen autoritärer Politik und religiösem Nationalismus, wie er von vielen Evangelikalen vertreten wird.

Da tut sich was...

„No Kings“ ist also kein abgeschlossenes Kapitel, sondern ein Moment in einer längeren Auseinandersetzung um die demokratische Kultur und die gesellschaftliche Teilhabe. Ob „da was geht“, hängt weniger von einzelnen Protesttagen ab als von der Frage, wie kleine Gruppen nachhaltiges Engagement in Alltag, Gemeinwesen und Politik gestalten und sich trotzdem untereinander zu einer landesweiten Kraft verbinden können. Für die Evangelischen liegt hier eine doppelte Aufgabe: die prophetische Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben und zugleich Räume zu schaffen, in denen Widerstand, Vertrauen und Hoffnung gemeinsam gelebt werden.

Christoph Schmidt

Christoph Schmidt ist Pfarrer i. R. und wohnt in Bad Alexandersbad. Er ist u. a. als Liedermacher und Dialektkünstler unterwegs. Seine Frau Lisa stammt aus der friedensbewegten Quäker-Kirche. Deren Schwester ist im Widerstand gegen Trump engagiert.

Das Klimaschutzgesetz - eine Zwischenbilanz

Von Wolfgang Schürger,
Beauftragter für Umwelt- und Klimaverantwortung der ELKB

Vor zwei Jahren hat die Landessynode das Klimaschutzgesetz für die ELKB (KISchG) beschlossen, aufgrund dessen die ELKB mit allen ihren Untergliederungen bis zum Jahr 2035 90 Prozent der Emissionen gegenüber 2023 einsparen und bis zum Jahr 2045 treibhausgasneutral werden soll.

Der Klimaschutzfahrplan für die ELKB (KISchFPI), der mit dem Gesetz zusammen beschlossen wurde, skizziert, wie diese Ziele erreicht werden können. Im Frühjahr 2027 soll er erstmals den realen Entwicklungen angepasst werden. Bereits zur Frühjahrssynode 2025 hat das Referat Umwelt- und Klimaverantwortung auf Bitten des synodalen Ausschusses Gesellschaft und Diakonie den KISchFPI einer Ampelbewertung unterzogen - viele Bereiche erscheinen dabei in Gelb oder sogar in Rot, liegen also nicht im Plan.

Datenbasis

Nach wie vor sind im Grünen Datenkonto nur Energie-Verbrauchsdaten aus dem Gebäudesektor von etwa zwei Drittel der Kirchengemeinden eingetragen, die Daten haben sehr unterschiedliche Qualität.

Nach §9 Abs. 3 KISchG ist die Energiebilanz einer Kirchengemeinde Teil des Jahresabschlusses. Die Rechnungsprüfung wird in den kommenden Jahren sicherlich verstärkt darauf achten, ob diese Energiebilanz vorliegt und zusammen mit dem Jahresabschluss von den Kirchenvorständen besprochen und bewertet wird.

Sofortmaßnahmen

Die Sofortmaßnahmen in den Sektoren Gebäude (kein Einbau fossiler Heizungen,

Umstellen auf zertifizierten Ökostrom) und Mobilität (keine fossil betriebenen Dienstfahrzeuge, keine Kurzstreckenflüge) sind kommuniziert und werden umgesetzt.

Sektor Gebäude

In die Überarbeitung der regionalen Gebäudekonzeptionen fließt gerade viel Energie in den Dekanatsbezirken. Gebäudekonzept und Klimaschutz für Gebäude führen nur gemeinsam gedacht zum Ziel. Einige Dekanatsbezirke erstellen parallel zu den regionalen Gebäudekonzeptionen einen regionalen Klimaschutzfahrplan, andere integrieren Überlegungen des Klimaschutzes in ihre Gebäudekonzeptionen.

Sektor Mobilität

Konzepte für klimaverträgliche Mobilität liegen noch in kaum einer Region vor. Wo sich eine Kirchengemeinde oder Einrichtung in Sachen Ladeinfrastruktur engagieren will, stellt das Klimaschutzmanagement Kontakt zu Anbietern her, mit denen die ELKB Rahmenvereinbarungen hat.

Wo Gottesdienst- und Veranstaltungszeiten an den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) angepasst werden können, erfolgt dies häufig. Wo aber kein ÖPNV am Abend oder Wochenende vorhanden ist, sind kreative Lösungen gefragt. Ein Bürger-

bus kann eine Lösung sein, erfordert aber hohes ehrenamtliches Engagement und Zusammenarbeit verschiedener Akteure in der Region.

Sektor Kommunikation/Bildung

Im Intranet der ELKB existiert die Portal-seite „ELKB wird klimaneutral“ (<https://www2.elkb.de/intranet/node/36559>). Für den Herbst planen wir darüber hinaus eine „Tatenbank“, in der Beispiele für gelungene Umsetzung von Klimaschutzzielen dokumentiert und für andere wiederholbar gemacht werden können.

Sektor Einkauf/Beschaffung

Das Referat S3 des Landeskirchenamtes hat die Dienstanweisung Beschaffung an die Erfordernisse einer ökofairen Beschaffung angepasst, Einrichtungen der ELKB sollten sich daran orientieren. Für Kirchengemeinden sind Beschaffungsrichtlinien aus Sicht der Kirchenleitung nicht zu empfehlen, hier ist es ausreichend, wenn Kirchenvorstand und Gemeindegruppen sich regelmäßig über Leitlinien des nachhaltigen Einkaufs verständigen. Der Einkaufsleitfaden „Fair und nachhaltig“ aus dem Jahr 2012 bietet hier immer noch eine gute Orientierung.

Sektor Organisation

Der Klimaschutzfahrplan sieht als wesentlichen Baustein für die Konnexität in die Fläche Klimaschutzkoordination in den Verwaltungsverbünden vor. Seit der Novelle der Kommunalrichtlinie der Bundesregierung vom Oktober 2024 sind allerdings nur noch Landkreise antragsberechtigt für eine Förderung. Die Verwaltungsverbünde 2 (Oberfranken) und 8 (Schwaben) sowie die Gesamtkirchenverwaltungen München und Erlangen haben rechtzeitig vor

der Novelle einen Förderantrag gestellt und haben Anfang dieses Jahres die Förderzusage durch die Bundesregierung erhalten.

Klimaschutzfonds

Die Vergabeverordnung wurde im Januar 2025 durch LKR und LSA beschlossen und trat rückwirkend zum 1.12.2024 in Kraft. Förderungen für investive Maßnahmen an Gebäuden können allerdings nur beantragt werden, wenn die regionalen Gebäudekonzeptionen abgeschlossen sind und das Gebäude langfristig im Bestand bleibt.

Fazit

Die notwendige Verzahnung mit den Gebäudestrukturprozessen ist in der Beratung durch das landeskirchliche Baureferat implementiert. Die Dauer dieser Prozesse verzögert jedoch die Umsetzung der Klimaschutzziele und -maßnahmen.

Die kleinteilige und zum Teil sehr themenspezifische Beratung von Kirchengemeinden und Einrichtungen kann mit der schlanken personellen Ausstattung des Referates nicht flächendeckend geleistet werden.

Sowohl für die Kommunikation der Klimaschutzziele und -maßnahmen als auch für die Unterstützung bei der Umsetzung kommt daher den regionalen Verwaltungen eine fundamentale Bedeutung zu. Im Rahmen der Restrukturierung der Verwaltungseinheiten müssen diese Aufgaben klar im Leistungskatalog benannt und die Kommunikationswege zwischen Kirchengemeinden, regionalen Verwaltungen und dem Querschnittsreferat Umwelt- und Klimaschutz eindeutig definiert werden.

Renten und Pensionen

Von Hans-Gerhard Koch

Es wird immer intensiver über Alterssicherung debattiert. Der Grund: Starke Jahrgänge kommen ins Rentenalter, viel weniger Junge kommen nach. Die „Junge Gruppe“ der Unionsparteien wollte den Beschluss über die Untergrenze von 48 Prozent Rente vom Durchschnittseinkommen der letzten 45 Jahre nicht mittragen. Eine knappe Mehrheit stimmte dann doch zu. Es sei ein Verrat an der jungen Generation, so die besagte Junge Gruppe, die Arbeitgeber und auch manche Wirtschaftsexperten, wenn man die 48 Prozent bis 2030 festschreibe. Eine Rentenkommission, die schon Ende 2026 Ergebnisse liefern soll, muss es jetzt richten. Die Diskussion läuft bisher allerdings in mancher Hinsicht nicht fair.

Erstens: 48 Prozent des Einkommens der letzten Jahre vor der Rente ist wirklich nicht viel.

Da kommen dann bei einer Kollegin, die sehr gut verdient und lange gearbeitet hat, 2700 Euro heraus, bei einer Angestellten im Handel, selbst wenn sie 45 Jahre gearbeitet und durchschnittlich verdient hat, nur etwa die Hälfte, nämlich ca. 1350 Euro. Kirchliche Angestellte sind besser dran, sie bekommen eine Zusatzversorgung, die bei der erwähnten Kollegin knapp 1000 Euro ausmacht. Sie bekommt, wie sie selber sagt, viel mehr Rente als die allermeisten, vor allem die meisten Frauen. Ich dagegen als beamteter Pfarrer im Ruhestand freue mich jeden Monat über etwa 4600 Euro, obwohl ich vorzeitig in Pension gegangen

bin. Denn auch meine Pension berechnet sich nach meinem Verdienst kurz vor der Pensionierung. Und es sind keine 48 Prozent, sondern 70 Prozent.

Ich muss zwar einen Teil meiner Pension versteuern, aber das müssen die Neu-Rentnerinnen und -rentner auch. Sie müssen auch Krankenkassenbeiträge zahlen, ich auch. Aber ich erhalte auf alle Gesundheits-Rechnungen 50 Prozent Beihilfe.

Fakt ist, dass ich als Beamter deutlich höhere Altersbezüge bekomme als jemand, der angestellt ist. Das wird zum Beispiel bedeuten, dass ich den Eigenanteil in einem Pflegeheim in etwa noch stemmen kann, meine Kollegin nicht mehr. Und Leute mit Durchschnittsrente schon gar nicht.

Wenn man diese Zahlen kennt (sie können im Einzelfall etwas anders aussehen, aber nicht wesentlich), dann greift die derzeitige Rentendiskussion erheblich zu kurz.

Es ist nicht einzusehen, warum Beamtinnen und Beamte (nebenbei auch Abgeordnete) so sehr viel besser gestellt werden als normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Es ist auch nicht einzusehen, warum nicht auch Abgeordnete in die Rentenkasse einzahlen sollten. In Österreich beispielsweise tun sie das seit Jahrzehnten, und auch deswegen sieht eine dortige Durchschnittsrente ganz anders aus: Es sind für alle etwa 1650 Euro, und die Rente wird 14-mal im Jahr ausgezahlt. Andere Länder wie die Niederlande oder die Schweiz



© Rainer Sturm_Pixelio

arbeiten mit Mindestrenten, zu denen dann Betriebsrenten dazukommen. Auch hier zahlen alle ein, und auch hier kommt deutlich mehr dabei heraus.

Fazit: Die jetzt bald tagende Rentenkommission hat eine schwierige Aufgabe. Die beiden großen Kirchen haben einst in der gemeinsamen Erklärung „Verantwortung und Weitsicht“ von 2000 das vorhandene Rentensystem mit bestätigt. Aber sie haben schon damals gesehen, dass es nicht so bleiben kann. Es müssten alle Erwerbstätigen einbezogen werden, es müsste Altersarmut vermieden werden und das System müsste solidarisch weiterentwickelt werden.

Neue Herausforderungen wie die vielen untypischen und kaum regulierten Arbeitsverhältnisse z. B. in der Internet-Wirtschaft kommen heute dazu. Es wäre gut, wenn die Kirchen auch der Rentenkommission

ein paar grundsätzliche Gedanken zu Solidarität und Gerechtigkeit widmen würden. Sie müssten auch innerkirchlich überlegen, ob die oben aufgeführten Unterschiede zwischen Beamten und Angestellten noch zeitgemäß sind. Ein bisschen Dankbarkeit dafür, dass kirchliche Beschäftigte nicht so oft in Altersarmut fallen, könnte auch dabei sein.

Weg mit „Hoax“ und „Rage Bait“

... oder „Ich reg‘ mich nicht mehr auf“,
meint unsere Autorin Elke Zimmermann

Das erste Mal, dass ich mich über einen Post im Internet aufregte, war, als ich die Meldung sah, dass irgendwo in Asien Katzen in Flaschen gezüchtet würden – mit einem entsprechend widerlichen Foto dazu. Meine erste, natürliche Reaktion war: Wer macht so was? Das war zu einer Zeit, als noch eine 19 vor der Jahreszahl stand und das Internet für alle Neuland war. Doch ein jüngerer Kollege klärte mich grinsend auf: Ich war auf einen Hoax reingefallen. Es handelte sich um eine Falschmeldung, das Bild war mit Photoshop hergestellt worden.

Ein Hoax ist sowas wie ein digitaler Streich. Das sind gefälschte Bilder, Anschreiben von angeblichen Behörden, Banken oder offiziellen Stellen, die den Empfängern einen Schrecken einjagen sollen. Ziel ist, dass möglichst viele Leute darauf hereinfallen, sich erschrecken und/oder empören. Ich fand es damals empörend, dass es so etwas überhaupt im Internet gibt. Aber schon damals wäre es relativ leicht gewesen, der Fälschung auf die Spur zu kommen. Doch es ist die erste Reaktion, die zählt und immer noch zählt. Denn mittlerweile gibt es die nächste Stufe: Rage Bait, im Deutschen als „Wut-Köder“ bekannt.

Medienforscher haben herausgefunden, dass es die meisten Reaktionen auf Meldungen – besonders in den Social Media

– gibt, über die sich die Leute aufregen. Dazu werden Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen, reißerische Überschriften erzeugt und/oder sehr zugespitzte Aussagen verbreitet. (Damit arbeitet eine Tageszeitung mit vier Großbuchstaben schon seit Jahrzehnten).

Hier gilt: Jede Reaktion ist gut fürs Geschäft. Da ist es egal, ob die Empfänger erschüttert, erregt oder amüsiert sind. Jedes Like erhöht die Sichtbarkeit und jeder Kommentar erzeugt noch mehr Klicks. Und Klicks sind die Währung dieser Anbieter, weshalb diese Wut-Köder immer häufiger ausgelegt werden. Immer in der Hoffnung, dass sich jemand darüber aufregt, die Meldung kommentiert und bestenfalls teilt, um auch anderen seine Empörung mitzuteilen.

Was mich daran am meisten aufregt, ist die Tatsache, dass sich diese Falschmeldungen und Übertreibungen selbstständig machen und aus den sogenannten sozialen Medien direkt in die Köpfe der Menschen gehen. Und dann werden diese Geschichten im Brustton der Überzeugung als Wahrheiten und Nachrichten von Mund zu Mund weitergegeben.

Es ist ja so, dass wir alles, was einem da auf Facebook, Instagram & Co. gezeigt wird, weg- und weiterscrollen können. Niemand muss darauf reagieren. Doch

dazu gehört mittlerweile zumindest die Disziplin, nicht spontan auf ein Post zu reagieren, sondern sich zunächst mal ein paar Fragen zu stellen:

Kann das wahr sein? Von wem ist diese Meldung? Gibt es jenseits dieses Zehn-Sekunden-Schnipsels einer Aussage noch mehr, was diese möglicherweise in einen

ganz anderen Zusammenhang stellt? Ist KI im Spiel? Und vor allem: Wem nützt es, wenn ich überhaupt reagiere, geschweige denn, wenn ich mich aufrege? Würden sich alle diese Fragen stellen, bevor sie liken oder teilen, würden die meisten „Rage Baits“ einfach austrocknen. (Was für ein schöner Gedanke!)

Und so habe ich für mich beschlossen, mich nicht mehr aufzuregen über das, was mir da täglich vor die Augen kommt. Gerade zur Zeit reichen die faktisch gesicherten Nachrichten völlig aus, um genügend Stoff dafür zu bekommen: die Versuche seitens unserer Politiker, den Energiewandel zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen, das Nachdenken über die Wiedereinführung von Atomkraft, geschweige denn über so manche weltpolitische Figur und deren Aussagen, Handlungen – auf die ich gar nicht näher eingehen mag, sonst müsste ich mich schon wieder aufregen.

Was aber das Schlimmste wäre: sich gar nicht mehr zu empören, abzustumpfen

Q33NY



Wingdings



© wikipedia commons

Wikipedia

Ein Beispiel für Hoax: Unter Verwendung der Schriftart Wingdings wird aus der angeblichen Flugnummer Q33NY der Flüge von 9/11 eine eindeutige Symbolfolge. Die tatsächlichen Flugnummern waren jedoch UA175 und AA11.

über die Ungerechtigkeiten und Boshaftheiten, die sich gerade wie ein Virus verbreiten. Empörung erzeugt Energie. Und diese Energie sollte jeder und jede für etwas Positives nutzen, indem man sich fragt: Was kann ich konkret tun, um auf diesen Missstand hinzuweisen oder ihn gar zu beenden? Nicht durch einen Klick, sondern von Mensch zu Mensch. Direkt.

Eine AEE-Veranstaltung zur anstehenden Kommunalwahl

Unser starkes Kreuz für Demokratie

... so lautet die Kampagne, die die ELKB zu Jahresbeginn startete mit dem Ziel, sich klar gegen Rechtsextremismus und für demokratische Werte zu positionieren oder, wie es bei der Vorstellung hieß, Partei für Menschenwürde und Demokratie zu ergreifen. Und das im Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen im März 2026. Dabei geht es konkret auch um die Frage, wie sich eine AFD-Kandidatur mit dem christlichen Leitbild verträgt oder eben auch nicht.

Die AEE-Regionalgruppe Fürth nahm genau dieses brisante Thema in ihrer jüngsten und gut besuchten Veranstaltung auf. Referent war Martin Becher, Leiter der kirchlichen Fachstelle „Demokratie und gesellschaftliches Miteinander“, die die Kampagne maßgeblich vorbereitet und verantwortet.

Becher findet es ganz fatal, dass sich in manchen Teilen der Bevölkerung die Meinung breitmake, „die Demokratie muss liefern!“. Dahinter stehe die Meinung, dass Politiker alles regeln sollen, man selbst aber wartet ab. Demokratie sei jedoch etwas zum Mitmachen, „es gibt keine Zuschauerdemokratie“! (Becher).

Die tägliche Erfahrung vieler Menschen sei, dass man in Bezug auf Produkte oder Dienstleistungen ständig etwas bewerten müsse, und das werde dann auch auf die Politik übertragen. Aber Demokratie sei etwas anderes, „da geht es nicht um eine Dienstleistung, die mir angeboten wird“.

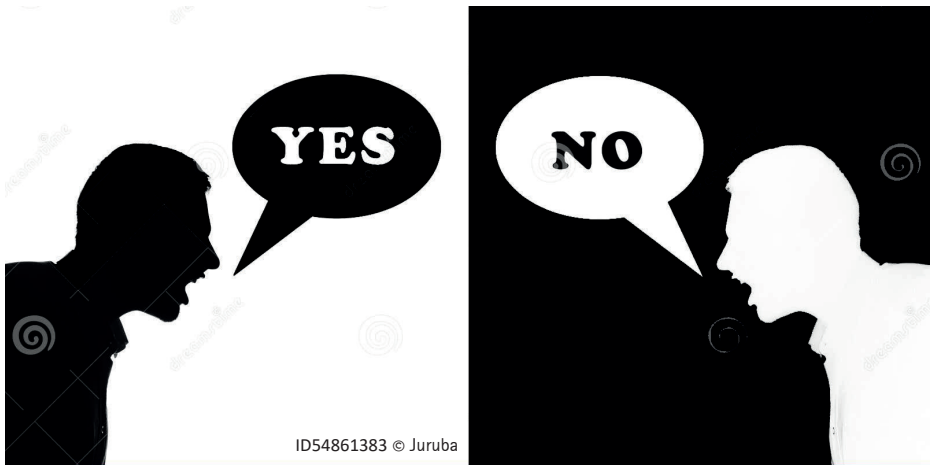
Die Wahlbeteiligung von ca. 95% in den 70-er Jahren habe sich fast auf 50% in den Nullerjahren halbiert, eine drama-

tische Entwicklung. Viele Leute wollten sich nicht mehr aktiv beteiligen, weder an Wahlen noch an Ämtern. Dazu komme, dass in der Politik einige prominente demokratische Politiker aufgegeben haben, weil der Druck auf sie oder ihre Familien durch aggressive Hass- und Hetzkampagnen oder konkrete (Mord-) Drohungen zu groß geworden sei. „Diese Leute, die wir dringend brauchen, gehen uns verloren!“

Daher, so berichtete Martin Becher, habe die evangelische Landeskirche beschlossen, ein Zeichen zu setzen mit der Kampagne „Unser starkes Kreuz für Demokratie“, die während der kommenden Kommunalwahlen 2026 demokratischen Kandidaten und Kandidatinnen den Rücken stärken will. Das Kreuz habe in dreifacher Weise Bedeutung: Kreuz Christi, Kreuz beim Wählen, Kreuz als Rücken.

Im Folgenden fasst Susanne Leutsch aus dem Vorbereitungsteam der AEE-Regionalgruppe Fürth zusammen, wie Martin Becher die Kampagne im Detail vorgestellt hat:

Die Kampagne besteht aus fünf Modulen:



ID54861383 © Juruba

Modul 1

Man ruft die Leute zur Wahl auf und zur Kandidatur. Die Evangelische Kirche unterstützt über Parteigrenzen hinweg demokratische Parteien und ermutigt die Mitglieder der Gemeinden vor Ort, aktiv einzutreten für Leute, die sich zur Wahl aufstellen lassen.

Modul 2

Es geht um eine juristische Regelung im Umgang mit Leuten, die sich antidemokratisch positionieren, also konkret auch um AfD-Kandidierende. Becher verwies auf das Verfassungsschutzgutachten, das die Partei als gesichert rechtsextrem einstuft. Weiter hat unsere Landessynode bereits im April 2024 in einem Papier ein klares Bekenntnis gegen Menschenfeindlichkeit abgelegt, gegen ein völkisch-nationalistisches und menschenverachtendes Gedankengut und damit eine Beschlusslage zur „Unvereinbarkeit“ abgelegt: Genauer

bedeutet das, dass das Gedankengut der AfD und eine entsprechende Politik mit dem Christentum nicht vereinbar sind. Strebt jemand ein Mandat an, tritt diese Person auch für die Ziele dieser Partei ein.

In einer Regelung für ganz Bayern, die hinsichtlich der anstehenden Kommunalwahl in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchenrat erstellt wurde und an der Martin Becher maßgeblich mitwirkte, sind nun Kirchenvorstände aufgefordert, mit AfD-Kandidierenden ein Gespräch zu führen über das christliche Menschenbild, das auf Gottes Liebe zu allen Menschen beruht und mit dem völkisch-nationalistischen, menschenverachtenden Gedankengut von Parteien wie der AfD unvereinbar sei.

Wenn die betreffende Person das Mandat tatsächlich annimmt, kann im Zweifelsfall das Landeskirchenamt einen zweiten Schritt einleiten. Dies kann etwa die

Zurücknahme einer Beauftragung für ehrenamtliche Tätigkeit sein, oder die Entbindung von der Tätigkeit im Kirchenvorstand usw. Auch auf hauptamtliche Mitarbeitende kommen Konsequenzen zu.

Modul 3

Hier geht es um Inhalte. Durch die Campus-Kommunikation (dazu gehören Sonntagsblatt, TV etc.) wurden evangelische Menschen vorgestellt, die sich für eine der demokratischen Parteien zur Wahl stellen. Dabei geht es nicht um die Einzelperson. Die Idee ist, dass sich gegenseitig zwei oder drei Personen verschiedener Parteien wertschätzend vorstellen, da beide ein christliches Menschenbild verbindet. Außerdem ist eine Social-Media-Kampagne geplant mit dem Fokus darauf, warum man demokratisch wählt.

Modul 4

Die Evangelische Jugend wird im Bereich Social Media eingebunden, quasi als „Himmliche Heerscharen“ oder „Candystorm“ (im Gegensatz zum Shitstorm, Candy sind Süßigkeiten). Zu diesem Zweck soll ein Aufruf gestartet werden, um Leute dafür zu gewinnen. In den sozialen Medien sind die rechten Parteien schon lange für sich mit Erfolg tätig und schüchtern missliebige Personen ein. Gesucht werden 60 bis 80 junge Leute aus der Evangelischen Jugend, die bereit sind, sich für die Aktion schulen zu lassen. Außerdem gilt es, in ganz Bayern dieses kirchliche Angebot publik zu machen, damit Betroffene von Drohungen, Beleidigungen, Hass oder Hetze erfahren, wohin sie sich wenden können. Meine per-

sönliche Vorstellung wäre, dass auch nach der Kommunalwahl ein solches Netzwerk, ähnlich der Telefonseelsorge, aus Ehrenamtlichen installiert wird unter kirchlicher Trägerschaft.

Modul 5

Im Bereich der evangelischen Erwachsenenbildung sollen Formate angeboten werden, um aus der eigenen Blase heraus in Kontakt mit anderen Meinungen zu kommen, auch wenn man sich nicht auf eine vermeintlich richtige Position einigen kann. Ein Beispiel: „So wie ich und du – Politik hör(t) zu“. Eingeladen sind Leute aus der Ortsgemeinde zu einem bestimmten Thema (das kann eine drohende Krankenhaus-schließung sein, die die Menschen bewegt, oder mangelnde Kindergartenplätze o.ä.). Dieses Thema wird auf dem Podium zur Sprache gebracht und Sorgen und Ängste der Teilnehmer*innen formuliert. Außerdem werden Kandidierende eingeladen, die in der ersten Reihe im Publikum sitzen und sich in Ruhe die Wortbeiträge anhören. Ein anderes Beispiel: Eintritt nur zu zweit! Eine Verabredung zu einem Gespräch, bei der sich Menschen begegnen, die sich mit einer anderen Person zu einem Thema (Coronainpfung o.a.) gestritten haben. Man kann sich nur mit einem „Meinungsgegner oder Streitpartner“ anmelden. Das Ziel ist zu lernen, wieder miteinander zu reden.

*Zusammenfassung nach eigenen
Notizen und Erinnerungen von
Susanne Leutsch, Fürth, 7.10.2025*

Susanne Leutsch ist Religionspädagogin und seit Kurzem im Ruhestand. Sie ist eine der fünf TeamerInnen des AEE-Gesprächskreises Fürth.

Der AEE ein e. V. – Verlust oder Gewinn?

Sie haben es gemerkt, der AEE ist nicht mehr einfach ein Arbeitskreis, also eine eher lockere Vereinigung, wie er es 50 Jahre lang sehr erfolgreich war. Wir haben einen Verein gegründet.

Die Reaktionen darauf waren sehr gemischt und ich muss gestehen, dass mich das überrascht hat! Im LT hatten wir schon länger darüber nachgedacht, ob wir das machen wollen – eine Vereinsgründung wurde auch hin und wieder von Mitgliedern vorgeschlagen – aus rechtlichen Gründen. In unserem alten Arbeitskreis hätten letztlich alle Mitglieder die juristische Verantwortung getragen – da ist es schon eine Entlastung, einen eingetragenen Verein zu haben.

Unser Zögern kam dann umgekehrt daher, dass der AEE ohnehin nicht gerade Oberwasser hatte. Wer sich fragt, ob es den AEE überhaupt noch braucht, wird nicht erst einmal einen Verein gründen. Dass wir es jetzt doch getan haben, hatte letztlich zwei Gründe:

- Wir haben uns als Verein wieder gefangen. Das neue LT aus Beate Rabenstein, unserer langjährigen Geschäftsführerin, Adele Detmer, Franziska Maisel und Johannes Herold, ist aktiv und motiviert. Die Themen des Konziliaren Prozesses liegen uns am Herzen, bei der Reihenfolge möchten wir die Bewahrung der Schöpfung ganz groß schreiben, aber auch Frieden und Gerechtigkeit nicht vergessen! Wir haben Lust dazu, mit dem AEE der Kirche neue Impulse zu geben. Wir wollen für eine offene und politische Kirche werben und dafür sorgen, dass sich alle Menschen bei uns wohlfühlen können. Der Weg dorthin ist weit und gerade deswegen wollen wir uns engagieren!

- Im letzten halben Jahr sind uns in unserem b+k mehrfach Urheberrechtsverletzungen passiert, bei denen wir geschützte Bilder veröffentlicht haben. Das war so unabsichtlich wie ärgerlich – und hat unseren Verein Geld gekostet. Natürlich bemühen wir uns künftig noch mehr darum, dass das nicht mehr passiert. Aber es ist uns deutlich vor Augen geführt worden, dass die juristische Sicherheit einer Vereinsstruktur hier unerlässlich ist.

Es stimmt: Bei seiner Gründung war der AEE spontaner, nicht so bürokratisch orientiert, sondern eine offene Runde, der sich Menschen auch kurzfristig und interessengeleitet für eine gewisse Zeit anschließen konnten. Diese Leichtigkeit haben wir in gewisser Weise aufgegeben. Andererseits: Wer bei uns mitmachen will, ist immer herzlich willkommen, egal ob als Mitglied im Verein, als Interessierte im Freundeskreis oder einfach bei einer einzelnen Veranstaltung!

Was wir gewonnen haben, ist die Sicherheit in rechtlichen Fragen – und die nutzt allen Mitgliedern gleichermaßen! Und hinzu kommt, dass wir auch Spendenquittungen ausstellen können, für Zuwendungen, die der Arbeit des AEE zugutekommen.

Deshalb meine Bitte: Bleibt uns treu. Wir sind *Anders.Evangelisch.Engagiert*. Das sind nicht nur Stichworte, sondern dringend notwendige Impulse für unsere Kirche. Gerade in unserer aktuellen Krise wollen wir damit für ein hoffnungsvolles und wirksames Christentum in unserer Gesellschaft werben. Bitte helft uns dabei und zeigt, dass dieses Programm viele Unterstützer*innen hat!

Johannes Herold

Wir versenden b+k an alle Mitglieder und Interessierten, deren E-Mail wir haben, **per Mail**. Wenn Sie nicht sicher sind, ob wir Ihre (richtige) E-Mail-Adresse haben, bitten wir um eine Mail an Beate Rabenstein unter *f-b-rabenstein@gmx.de*.

Wenn Sie **b+k weiterhin und kostenlos als Print-Ausgabe** bekommen möchten: kein Problem! Es genügt eine Nachricht an Frau Rabenstein, *Tel. 0911-7807204*, oder per Post an: *AEE-Geschäftsstelle, Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth*.

Wenn Sie eine größere Zahl von b+k-Heften zur Verteilung möchten, sagen Sie bitte Bescheid, wie viele und wo Sie sie verteilen. Wir werden dann die Auflage entsprechend anpassen.

Danke für Ihr Mittun!

Ihre Redaktion

Der AEE ist auch auf Facebook



www.facebook.com/AEEbayern

Werde Mitglied des e.V.! Beitrittsformular unter
www.aee-online.de/system/files/dateien/home_beitrittserkl_0.pdf

Namen und Adressen

Leitendes Team

Johannes Herold, Sprecher,

Gemeindepfarrer, Selb, 09287-60554 Johannes.Herold@elkb.de / aee-bayern@elkb.de

Franzi Maisel, Sprecherin,

Erzieherin, Bayreuth, 015115657639 franzimaisel24@gmail.com

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Bingstr. 30, Ap. 21104, 90480 Nürnberg, 0911-4030919 f-b-rabenstein@gmx.de

Adele Detmar,

Bayreuth, 0176 61053474 adele.detmer@gmail.com

Regionalgruppe Nürnberg

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth,

hagekoch@googlemail.de und

Christa Salinas, Nürnberg, salitaut@t-online.de

Regionalgruppe Bayreuth

N.N.



Ist es nicht schön, dass Politiker auch Menschen sind? Konnte man denken, als Bundeskanzler Merz bei einer Rede anlässlich der Wiedereinweihung der Münchner Reichenbach-Synagoge fast die Tränen kamen. So, dachte auch ich, rührt den Mann im Innersten der Massenmord an den Juden an. Sehr sympathisch.

Allerdings nicht immer. Merz' Unterbewusstsein enthält noch einiges mehr. Etwa eine ausgesprochene Abscheu gegen durch Migranten und anderes arbeitsscheues Gesindel verunstaltete deutsche Städte. Da packt ihn die Abscheu, und er sorgt sich um „die Töchter“. Am liebsten würde er diese Menschen einfach außer Landes bringen. Dann wäre für ihn die Welt respektive das Stadtbild wieder in Ordnung, und „die Töchter“ wieder sicher.

Es ist ihm natürlich bewusst, dass das nicht funktionieren wird. Aber das vertrackte Unterbewusstsein spielt ihm einen Streich. Es will einfach nur adrette Einfamilienhäuser mit adretten Familien sehen wie im Sauerland. Alles andere stört. Einfach heim ins Sauerland will sein Unterbewusstsein, auch bei der Weltklimakonferenz. Weg aus Belem im gerade noch vorhandenen brasilianischen Regenwald, wo es viel zu heiß ist und zu feucht.

Natürlich ist Merz pflichtschuldigst für Klimaschutz. Aber er ist ja eine ehrliche Haut, und sagt einfach, was sein sauerländisches Unterbewusstsein denkt. Mal

ehrlich, wer würde da nicht möglichst schnell weg wollen? Regenwald, Klimakrise, 1,5-Grad-Ziel? Ab ins kühle, saubere Sauerland!

Und wenn dann auch noch das Frühstücksbuffet im Hotel in Angola nicht einmal ein anständiges Schwarzbrot zu bieten hat, ist Merz' Unterbewusstsein völlig sauer. Das ist seit Kindheitstagen überzeugt, dass ein Tag ohne Schwarzbrot ein verlorener Tag ist. Und dass man sich von einem Land, wo es das nicht gibt, schnellstens entfernen sollte. Das sagt er, ehrliche Haut, die er ist, auch den Journalisten.

Ist das nicht menschlich sympathisch? Haben Sie so etwas nicht auch schon gedacht? Schon, aber dann haben Sie Ihr Gehirn eingeschaltet und sich klar gemacht, dass die Welt einfach nicht so ist wie das sauerländische Unterbewusstsein

Herr Merz ist ja der Bundeskanzler, und er repräsentiert Deutschland in der Welt. Sind wir wirklich so provinziell und borniert? Aber was soll man machen: Gegen das Unterbewusstsein ist halt leider kein Kraut gewachsen. Und es hat die unangenehme Eigenschaft, immer dann zum Vorschein zu kommen, wenn es überhaupt nicht passt. Doktor Sigmund Freud meinte allerdings, im Unterbewusstsein offenbare man sein wahres Gesicht.

Sollte Herr Merz vielleicht mal einen Termin bei ihm buchen?

Hans-Gerhard Koch